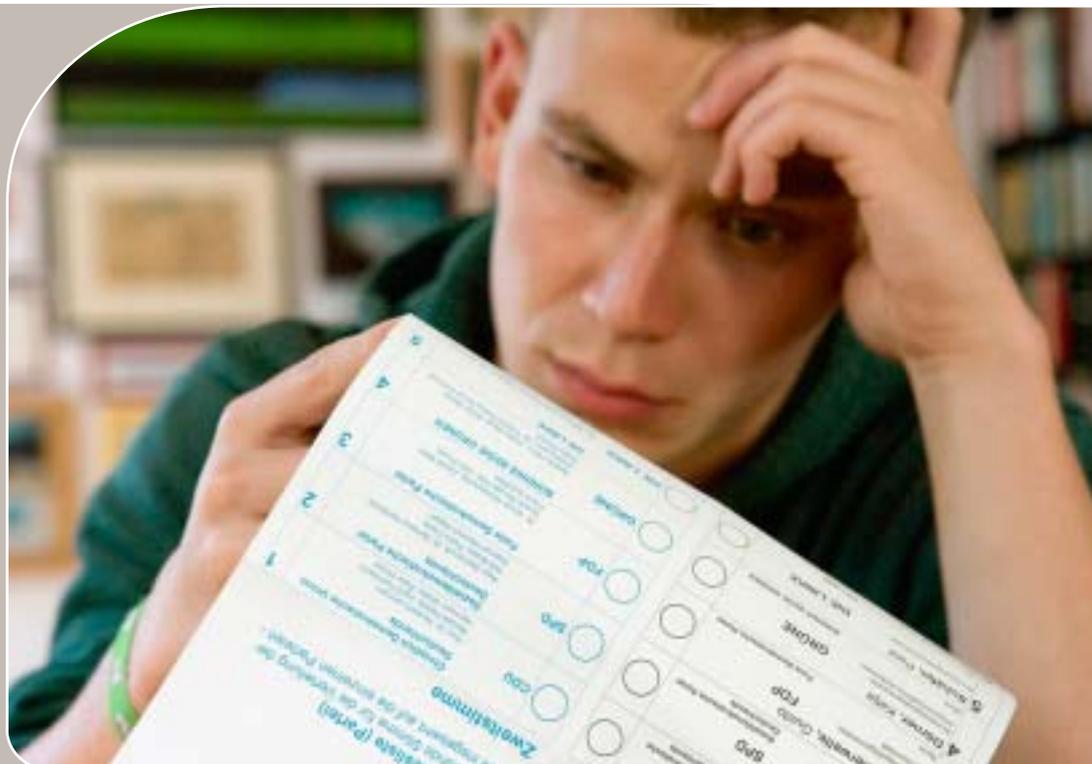


DER BÜRGER IM STAAT

4-2016



Politische Partizipation junger Menschen



Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

DER BÜRGER IM STAAT

INHALT

Jörg Tremmel	224
Kinder- und Jugendbeteiligung: Partizipation ohne Deliberation?	
Christopher Gohl	234
Systematiken demokratischer Beteiligung	
Wolfgang Gaiser, Johann de Rijke	246
Politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – Vielfalt und Bedingungsfaktoren	
Eva Feldmann-Wojtachnia, Barbara Tham	256
Jugend und Politik im Dialog: Empowerment durch die EU	
Jeannette Behringer	263
„Politikverdrossenheit“ im Demokratieparadies? Jugendbeteiligung in der Schweiz	
Steven Heckler	270
To vote or not to vote?	
Norbert Kersting	278
Onlinebeteiligung und Jugendliche – Expressiv und unabhängig?	
Jürgen Ertelt	286
Die Jugend digital beteiligen	
Ursula Bischoff, Frank König, Eva Zimmermann	293
Partizipationsförderung durch die Stärkung von Dissenskompetenz	
Anna Maria Kamenik, Roman Sieler, Nina Welke	301
Jugendverbände als partizipatorisches Lernfeld	
Elena-Kristin Esly	310
Eine neue Idee bringt frischen Wind in die Debatte um den (politischen) Nachwuchs	
Angelika Barth	319
Warum ein Jugendgemeinderat (nicht) der richtige Weg zur Partizipation ist	
Albert Scherr, Lena Sachs	323
Beteiligung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg	
Theresa King, Maximilian Clar	331
Zu jung, um relevant zu sein? 18- bis 28-Jährige in den Wahlkampfstrategien der Parteien	
Martina Bechtle, Birgit Schreiber, Udo Wenzl	338
Demokratie von Anfang an – Kinderbeteiligung im kommunalen Raum	
Xenia Beck, Gabriele Blawert, Ann-Kathrin Götz, Volker Knoop, Filipe Fraga Sousa, Sarah Stötzel, Raphael Walz, Udo Wenzl	344
Kommunalpolitik, politische (Willens-)Bildung und Jugendbeteiligung vernetzt gestalten	
Buchbesprechungen	350
Jahresinhaltsverzeichnis	363

HEFT 4 – 2016
66. JAHRGANG
ISSN 0007-3121

„Der Bürger im Staat“ wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE
Lothar Frick

REDAKTION
Prof. Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ
Barbara Bollinger, barbara.bollinger@lpb.bwl.de

ANSCHRIFT DER REDAKTION
Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon 07 11/16 40 99-44, Fax 07 11/16 40 99-77

HERSTELLUNG
Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 07 11/44 06-0, Fax 07 11/44 06-174

GESTALTUNG TITEL
Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm

GESTALTUNG INNENTEIL
Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

VERTRIEB
Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm
Telefon 07 31/94 57-0, Fax 07 31/94 57-224
www.suedvg.de

Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

THEMA IM FOLGEHEFT

Rechtspopulismus

Kommunalpolitik, politische (Willens-)Bildung und Jugendbeteiligung vernetzt gestalten

Xenia Beck, Gabriele Blawert, Ann-Kathrin Götz, Volker Knoop, Filipe Fraga Sousa, Sarah Stötzel, Raphael Walz, Udo Wenzl

In Gundelfingen (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald) entwickelt sich eine Form der kommunalen Jugendbeteiligung, die sich schulartübergreifend (Förderschule, Gemeinschaftsschule und Gymnasium) in enger Verzahnung mit der Kommune gestaltet. Gemeinsam mit den Schulen am Ort, Mitarbeitern der Schulsozial- und kommunalen Jugendarbeit, Verantwortlichen des Bürgertreffs und dem Bürgermeister wird gegenwärtig ein Konzept kommunaler Jugendbeteiligung entwickelt und praktisch umgesetzt. Durch diese handlungsorientierte Praxis politischer Bildung und kommunaler Jugendbeteiligung sollen Jugendliche hautnah erfahren, welche Relevanz Politik in ihrem Leben haben kann. Die federführend an dem Vorhaben Beteiligten skizzieren die Zielsetzung des Projekts jeweils aus ihrer Perspektive bzw. aus der Sicht ihres Arbeitsfeldes. Des Weiteren beschreiben und bewerten drei Schülerinnen aus ihrem Blickwinkel einen unlängst stattgefundenen Politikworkshop.

Vorbemerkungen

Kommunen sind Beteiligungsorte für alle Generationen und Bildungsorte zugleich. Kinder und Jugendliche sollten dabei besonderes im Blick sein, denn sie sind Gegenwart und Zukunft in einem. Werden sie frühzeitig ins kommunale Geschehen einbezogen, kann eine hohe Identifikation mit dem Gemeinwesen entstehen. Dies bedeutet u. a., Gemeinschaft und Wertschätzung zu erfahren und Beteiligung zu lernen, um auf diesem Wege möglichst früh positive Erfahrungen mit demokratischen Entscheidungsprozessen zu machen. Junge Menschen können auf der kommunalen Ebene unmittelbar erfahren, wie gemeinsam mit anderen ein sozial gedeihliches Zusammenleben verantwortungsvoll gestaltet werden kann.

Idee des Projekts ist es, dass Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren einvernehmlich an der Entwicklung der Gemeinde mitwirken. Dies setzt einen ständigen Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinderat und Bürgermeister sowie Mitarbeitenden der Kommunalverwaltung voraus.

Rechtliche und (bildungs-)politische Rahmenbedingungen

Mit der am 17. Oktober 2015 novellierten Gemeindeordnung von Baden-Württemberg (GemO) wurde mit der nun verbindlich festgeschriebenen Jugendbeteiligung ein Steuerungsinstrument für eine aktivierende Jugendpolitik auf den Weg gebracht. §41a (Kinder- und Jugendbeteili-

gung) der Gemeindeordnung lautet „Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Insbesondere kann die Gemeinde einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten.“¹

Die neuen Bildungspläne der allgemein bildenden Schulen traten mit Beginn des Schuljahres 2016/2017 in Kraft. Mit Blick auf Politik in der Gemeinde sind im gemeinsamen Bildungsplan für die Sekundarstufe I für die Klassenstufen 7, 8 und 9 folgende Zielvorgaben zu finden: „Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten Bürger und Jugendliche haben, ihre Interessen in den Entscheidungsprozess in der Gemeinde einzubringen und wie die Macht in der Gemeinde verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Organe innerhalb der Gemeinde zusammenwirken (Ordnung und Struktur), welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in der Gemeinde leisten (Interessen und Gemeinwohl) und wie die Gemeinde mit ihren begrenzten finanziellen Mitteln umgeht (Knappheit und Verteilung).“²

Darüber hinaus finden sich im Bildungsplan zum Inhaltsbereich „Politische Willensbildungsprozesse in Deutschland“ folgende Lernziele: „Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten

Ein Höhepunkt des Politikworkshops war das Gespräch mit Staatssekretär Volker Schebesta und Bürgermeister Raphael Walz. Die Schülerinnen und Schüler waren erstaunt von den vielfältigen Aufgaben eines Politikers.

Foto: Udo Wenzl



Bürger haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen (Macht und Entscheidung) und wie das Grundgesetz die Teilhabe regelt (Regeln und Recht), welchen Beitrag die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten leisten, wie die Demokratie gesichert und geschützt werden kann (Interessen und Gemeinwohl) und welche Bedeutung Medien für eine demokratische Gesellschaft haben (Privatheit und Öffentlichkeit).“³

Der Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung vom 9. Mai 2016 formuliert auf Seite 80 das Anliegen, junge Menschen zur Partizipation zu ermutigen, sehr allgemein: „Wir sprechen uns für eine stärkere politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus. Die politische Bildung der Jugendlichen in Baden-Württemberg werden wir im schulischen und außerschulischen Bereich weiter stärken.“⁴ Aber wie? Eine konkrete Antwort ist diesbezüglich nicht zu finden. Und das ist auch gut so: Denn das Wie kann am besten vor Ort, in den Gemeinden und Städten entschieden werden. Wünschenswert wäre jedoch, dass die Landesregierung weitere Unterstützungsmittel durch den „Zukunftsplan Jugend“ bereitstellen würde.⁵

Schulen sind Teil des kommunalen Gemeinwesens und ein wesentlicher sozialer Erfahrungs- und Lebensraum für die junge Generation. Daraus lassen sich mehrere pädagogische Maßgaben ableiten: Wenn (Ober-)Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen, Vertreterinnen und Vertreter der Schulen und der Kommunalverwaltung an einem Strang ziehen, kann gemeinsam eine Form kommunaler Jugendbeteiligung entwickelt und praktiziert werden.

Politik in der Lebenswelt der jungen Generation

Die Jugend wird heute oft als unpolitisch und politisch uninteressiert apostrophiert. Doch aktuelle Jugendstudien zeigen, dass das Interesse der jungen Menschen an Politik in den letzten Jahren zugenommen hat. Eine zentrale Er-

kenntnis aus der Shell-Jugendstudie 2015 ist, dass die junge Generation sich in einem Aufbruch befindet, so Ulrich Schneekloth, der maßgeblich an der Erstellung der Studie beteiligt war. Die Jugendlichen haben zunehmend mehr Interesse am Weltgeschehen, aber auch an ihrem unmittelbaren Lebens- und Sozialraum. Fast die Hälfte der 15- bis 24-Jährigen gab an, sich für Politik zu interessieren. Geändert hat sich allerdings die Art ihres Engagements.⁶ Die etablierten Parteien profitieren nicht vom wachsenden Politikinteresse, so das Autorenteam der Shell-Jugendstudie: Nur vier Prozent der 12- bis 25-Jährigen haben sich bereits in politischen Gruppen oder Parteien engagiert. Jugendliche bringen Parteien – wie schon in den vergangenen Jahren – nur wenig Vertrauen entgegen.⁷

Zielsetzung kommunaler Jugendbeteiligung kann es nicht sein, Jugendliche zu jungen Parteigängern zu machen. Kinder und Jugendliche sollen vielmehr erfahren, dass Kommunalpolitik und Landespolitik durchaus eng miteinander verwoben sein können. Es gilt, Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, dass durch Wahlen parlamentarische Mehrheitsbildungen und Regierungsbildungen bestimmt werden. Die Mehrheit der Wählerschaft legt den generellen Kurs der Politik fest, indem sie einer bestimmten Partei oder einem politischen Lager das Mandat dafür erteilt, sachpolitische Entscheidungen voranzutreiben. Ändern sich nach einer Wahl die Mehrheitsverhältnisse, dann kann sich entsprechend dieser Logik auch die politische Richtung ändern.

Den politischen Bildungsauftrag der Schulen lebensweltorientiert und kommunal gestalten

(Volker Knoop)

Im neuen Bildungsplan für das Unterrichtsfach Gemeinschaftskunde wird die Verantwortung der Schulen für die politische Bildung wie folgt beschrieben: „Das politische System Deutschlands kann nur dann nach demokratischen Prinzipien funktionieren, wenn es von politisch mündigen Bürgern getragen und gestaltet wird. Die Schülerinnen und Schüler zu demokratischem Denken und Handeln zu befähigen und zu ermutigen, ist die wichtigste Aufgabe der politischen Bildung, aber auch der Schule insgesamt.“⁸ Die Bedeutung, die der politischen Bildung für die Demokratie beigemessen wird, zeigt sich letztlich auch darin, dass das Unterrichtsfach Gemeinschaftskunde Verfassungsrang hat. In Artikel 21 der Landesverfassung heißt es: „Die Jugend ist in den Schulen zu freien und verantwortungsfreudigen Bürgern zu erziehen und an der Gestaltung des Schullebens zu beteiligen.“ Und der zweite Absatz fährt fort: „In allen Schulen ist Gemeinschaftskunde ordentliches Lehrfach.“⁹

Schulen können Schülerinnen und Schüler für Demokratie und Partizipation in ihrem unmittelbaren schulischen Umfeld begeistern. Das Gundelfinger Projekt versucht, Brücken zur realen Politik zu bauen, um selbstwirksames Lernen zu ermöglichen. Es geht mithin um Demokratieerziehung durch neue Ideen und Impulse.

Der Sozial- und Erziehungswissenschaftler Wolfgang Edelstein, der maßgeblich an dem Modellversuch „Demokratie lernen und leben“ beteiligt war, vertritt ein erwei-



tertes Verständnis politischer Bildung, deren Aufgabe im Aufbau einer demokratischen Grundhaltung gesehen wird. Dieser Ansatz setzt an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen an. Kontexte demokratieförderlichen Lernens sind schulische und außerschulische Erfahrungsfelder, die Informationen über Demokratie, Kompetenzen für Demokratie und Erfahrungen durch Demokratie vermitteln.¹⁰ Schule hat demzufolge die Aufgabe, Demokratie als Lebensform erlebbar zu machen.¹¹

Das Gundelfinger Jugendbeteiligungsverfahren, das schulartübergreifend mit der Kommune durchgeführt wird, und gleichermaßen auch die landpolitische Ebene mit einbezieht (die Schülerinnen und Schüler fahren u. a. in den Landtag von Baden-Württemberg nach Stuttgart), bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, Politik hautnah zu erleben. Sie können Erfahrungen sammeln und sich in der Welt der Politik erproben. Gerade die politische Arbeit auf kommunaler Ebene, der direkte Kontakt und Austausch der Schülerinnen und Schüler mit den politischen Aktiven, den Funktionsträgern und politischen Organen einer Gemeinde verdeutlicht die Relevanz der Politik im Alltag der Jugendlichen. Diese Art der politischen Beteiligung stärkt und erhöht die Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrerinnen und Lehrer, sich in Schule, Schulleben und Gemeinde zu engagieren. Politik so zu lernen und zu erleben, festigt das Fundament der Demokratie. Dieser besondere Lernprozess stellt einen durchaus nachahmenswerten Lernweg dar und ist gleichzeitig ein nachhaltiges Qualitätsmerkmal der beteiligten Schulen.

Mit der Großgruppe „politische Bildung“ gestalten

(Udo Wenzl)

Stellen Sie sich vor, zwischen 100 und 150 Jugendliche befinden sich in einem Raum, in einer Aula oder in einer Stadthalle und beschäftigen sich mit der Perspektive ihrer Stadt. Durch das anfängliche Warming up ist eine Atmosphäre entstanden, in der schöpferisches Denken und gelingendes Miteinander-Reden möglich geworden ist. Es geht hierbei um das individuelle aber auch um das kollektive Denken und Sprechen. Die Fragen, „Wie lebe ich/Wie lebst Du in der Gemeinde?“, aber auch „Was verbindet uns?“ und „Was beschäftigt uns gemeinsam?“ werden erörtert. Jeder junge Mensch kann sich dabei einbringen; seine Meinung, Gedanken aber auch Fragen sind wichtig für den gesamten Prozess. Die Jugendlichen arbeiten in den Themengruppen selbstorganisiert. Den anwesenden Erwachsenen können jederzeit Fragen gestellt werden. Es gibt nur eine klare verbindliche Vorgabe: Die Ergebnisse werden am Ende der Einheit im Plenum bzw. in der Großgruppe vorgestellt.

Die erarbeiteten Ergebnisse werden in einem zweiten Schritt im Gemeinderat vorgestellt und diskutiert. Jugendliche aus den einzelnen Themengruppen stellen die Ergebnisse im Gemeinderat selbst vor und treten somit in den direkten Dialog mit den politisch Verantwortlichen der Gemeinde.

Ein Lehrerteam eines Berufsschulzentrums hat nach einem solchen Großgruppenworkshop die beteiligten Jugendlichen gefragt und folgendes Statement aufgrund der Rückmeldung zusammengefasst: „Meine Kollegin und ich haben jetzt in unseren Klassen ein kleines Feedback zum Workshop eingeholt. Es gab fast nur positive Reaktionen.



Schulworkshop Politik im Bildungszentrum Meckenbeuren (Bodenseekreis)

Fotos: Udo Wenzl

Die Veranstaltung sei interessant, lehrreich, praxisbezogen gewesen. Vor allem das Gefühl, etwas zu tun, was mit dem wirklichen Leben der Jugendlichen zu tun hat, kam gut an. Die Gruppen, die zum Beispiel Briefe an Politiker schrieben, fanden die Gruppenphase sehr spannend. Ein Mädchen betonte im Namen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (aus der Nachbargemeinde), dass auch ihnen der Workshop viel gebracht habe. Einige fanden die Mischung aus ernsthafter, realitätsbezogener Arbeit und ‚gechillter‘ Atmosphäre sehr gut. Im Wesentlichen gab es nur einen Kritikpunkt: Einige Schülerinnen und Schüler vermissten eine Diskussion im Plenum.“

Und ein teilnehmender Jugendliche schrieb nach dem Workshop: „Ich finde, dass man uns Jugendlichen schon früh beibringen sollte, wie die heutige Politik geht. Nur jemand, der es früh lernt und sich beteiligt, kann später die richtige Entscheidung treffen. Ich z. B. werde dieses Jahr 18 und habe wenig bis keine Ahnung von Politik. Hätte es schon früher politische Bildung gegeben, würde ich jetzt nicht so ins kalte Wasser geworfen werden. Und ich würde gerne richtig wählen, um so den deutschen Staat zu unterstützen. Ich finde es sehr wichtig, Jugendliche zu ermutigen, wählen zu gehen. Das geht aber nur, indem man mehr Politik in der Gemeinde für Jugendliche (und Erwachsene) einbringt!“

Politische Bildung und Jugendbeteiligung gemeinsam in einem Workshop gestalten

(Xenia Beck, Ann-Kathrin Götz, Sarah Stötzel)

Auf Grund des Wunsches nach mehr Jugendbeteiligung in der Gemeinde Gundelfingen ergriff die Gemeinde die Initiative und startete einen schulübergreifenden Politikworkshop für die achten Klassen. Über zwei Tage hinweg arbei-

teten 135 Schülerinnen und Schüler der Förderschule, der Gemeinschaftsschule und des Gymnasiums an politischen Themen, die sie auf kommunaler Ebene interessieren.

Der Workshop startete am Vormittag des 17. Novembers mit einer Einführung in das Programm durch den Projektleiter Udo Wenzl. Er präsentierte die Auswertung der bereits im Vorfeld durchgeführten Jugendumfrage. Die Umfrage behandelte Themen wie z.B. das eigene Wohlbefinden in der Gemeinde, Angebote für Jugendliche und eigene Anregungen zur Verbesserung der Situation in der Gemeinde. Um sich einen besseren Überblick über die verschiedenen Meinungen zu verschaffen, stellte er viele Fragen zu aktuellen Themen, die die Jugendlichen betreffen. Zur Beantwortung der Fragen sollten sich die Schüler auf einem Meinungsbarometer, der von 1 (unwichtig) bis 10 (sehr wichtig) reichte, im Raum verteilen und mit der Gruppe über ihre Positionierung diskutieren. Manche dieser Fragen wurden später in den Arbeitsgruppen wieder aufgegriffen (z.B. „Wählen ab 16 – gut oder weniger gut?“). Im Anschluss daran zeigte Udo Wenzl den Jugendlichen Bilder, die mit Kommunalpolitik zu tun hatten, und die Schülerinnen und Schüler sollten die damit verbundenen Aufgaben der Kommune und des Bürgermeisters erraten und entwickeln.

Nach motivierenden Worten des Bürgermeisters teilten sich die Jugendlichen in Arbeitsgruppen auf, um gemeinsam über unterschiedliche Themen zu diskutieren. Die Schülerinnen und Schüler machten sich Gedanken über ihre Zukunft in der Gemeinde, über Mobilität, das Generationenverhältnis vor Ort und die Integration der geflüchteten Menschen in Gundelfingen. Außerdem überlegte sich eine Gruppe, was sie dem Bürgermeister schon immer einmal sagen wollten und was für Ideen sie zur Gestaltung der Gemeinde hätten. Einer großen Gruppe von Schülern war es beispielsweise ein besonderes Anliegen, dass der alte Fußballplatz einen neuen Kunstrasen bekommt. Also suchten sie nach Argumenten, informierten sich über die möglichen Kosten für die Gemeinde, redeten mit dem Bürgermeister und überlegten, wie sie selbst Geld sammeln könnten. Da auch Schülerinnen und Schüler aus anderen Gemeinden anwesend waren, beriet der Projektleiter sie, wie sie am besten mit ihrem Bürgermeister reden können, damit auch in ihren Gemeinden mehr auf die Wünsche und Ideen der Jugendlichen eingegangen wird.

Da für den kommenden Vormittag eine Diskussion mit dem Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Volker Schebesta, vorbereitet werden musste, wurde eine neue Arbeitsgruppe gegründet, in der jeweils zwei Schülerinnen und Schüler der vorherigen Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse zusammentrugen und sich gemeinsam Fragen für die Diskussion überlegten. Ein Lehrer gab den Jugendlichen eine kurze Einführung, wie man konstruktiv Fragen stellt und motivierte sie, viele Fragen zu stellen und ihre Meinung zu äußern.

Im Anschluss an die Gruppenarbeitsphase setzten sich die Schülerinnen und Schüler wieder im Plenum zusammen und präsentierten ihre Ergebnisse. Nachdem jede Gruppe präsentiert hatte, äußerten sich abschließend der Bürgermeister und zwei Gemeinderäte. Sie zeigten sich sehr erfreut über das Interesse und die Ideen der Jugendlichen und luden sie ein, dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung ihre Ergebnisse zu präsentieren.

Das Einbinden der Schülerinnen und Schüler in den Workshop als Reporter, Filmteam oder in der Moderation verstärkte das Interesse noch einmal immens, da ihnen viel

Verantwortung übertragen wurde und sie kreativ den Workshop begleiten konnten.

Das Gespräch mit dem Staatssekretär Volker Schebesta war sehr interessant. Die Schülerinnen und Schüler stellten viele Fragen und zeigten großes Interesse. Er antwortete sehr ausführlich und diskutierte mit ihnen auch über aktuelle Themen, wie beispielsweise die Flüchtlingssituation in Deutschland. Auch war ihm wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler einen Einblick in seinen Beruf als Staatssekretär bekommen, und so erklärte er ihnen bis ins kleinste Detail seinen Wochenablauf und die Vielfältigkeit seines Berufs. Auch Raphael Walz erzählte im Anschluss, wie sein Beruf als Bürgermeister funktioniert und dass gerade die von Herrn Schebesta angesprochene Vielfalt den Beruf so interessant macht. Die Jugendlichen waren sehr erstaunt von den verschiedenen Aufgaben eines Politikers.

Zum Abschluss des Gesprächs lobte der Landespolitiker die Vorbereitung und die Art und Weise der Mitwirkung der Jugendlichen und ermutigte sie, ihr Interesse an der Politik zu behalten und all die Dinge, die sie in der Diskussion besprochen haben, auch weiter an die Gemeinderäte heranzutragen, da es „wichtig ist, dass wir uns gemeinsam überlegen, wohin der Weg der Zukunft geht“.

Im Anschluss wurde die Diskussion ausgewertet. Die Jugendlichen waren sehr zufrieden, stellten jedoch fest, dass „Politiker zwar viel sagen, aber gar nicht direkt auf jede Frage antworten würden“. Die Jugendlichen erzählten, dass sie sehr viel aus der Diskussion genommen haben und es auch eine sehr gute Vorbereitung auf die kommende Gemeinderatssitzung war.

Ein besonders spannender Programmpunkt für die Jugendlichen war ein Gespräch im Anschluss mit Pavlos Wacker, der in den letzten beiden Jahren politisch aktiv geworden ist. Pavlos erzählte den Jugendlichen, dass er in ihrem Alter angefangen hat, sich für Politik zu interessieren und erklärte ihnen sehr schülernah, wie wichtig es ist, sich zu beteiligen. Er berichtete ihnen von einem Mobilitätsprojekt, dass er selbst gestartet hatte und ermutigte sie, sich auch für ihre Projekte und Ideen einzusetzen. Für die Jugendlichen war es sehr wichtig, von Leuten in ihrem Alter etwas über Politik zu erfahren, da dies einen besonderen Anstoß zur eigenen politischen Beteiligung gibt. Am Ende des Workshops wurden die Ergebnisse des Workshops zusammengetragen und letzte Vorbereitungen für die Fahrt in den Landtag nach Stuttgart und die Gemeinderatssitzung getroffen.

Wir sind der Meinung, dass der Workshop sehr wichtig für Achtklässler ist, da sie mit vielen verschiedenen Methoden angeregt werden, über politische Themen nachzudenken und sich für ihre politischen Interessen einzusetzen. Wir würden jeder Schule ein solches Projekt empfehlen!

Kommunale offene Jugendarbeit als Ort politischer Bildung und Beteiligung

(Filipe Fraga Sousa)

Jugendliche an kommunalpolitischen Entscheidungen zu beteiligen, ist keine einfache, aber eine bedeutsame Aufgabe. In Gundelfingen entsteht gegenwärtig in Gestalt von



Auch im Jugendzentrum von Gundelfingen fand ein Workshop statt. In dem Workshop wurden Themen, Empfehlungen und Anregungen der Jugendlichen gesammelt und dem Bürgermeister Raphael Walz vorgestellt.

Foto: Udo Wenzl

Workshops eine Beteiligungsform, die überwiegend im schulischen Rahmen stattfinden soll. Die Schule ist durchaus der geeignete Ort für politische Bildung, um die Beteiligung von Jugendlichen zu fördern. Ebenso bietet aber auch der außerschulische Rahmen der kommunalen und offenen Jugendarbeit gute Voraussetzungen für die Beteiligung bzw. demokratische Partizipation von Jugendlichen. Der Auftrag der Kinder- und Jugendarbeit wird unter anderem in § 11 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) konkretisiert: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“¹²

Das Jugendzentrum in Gundelfingen ist im Prinzip wie eine „eigene kleine Gemeinde“, in der Jugendliche unterschiedliche Möglichkeiten haben, sich mit ihren Interessen und Bedürfnissen aktiv zu beteiligen. Sie können die Alltagsstrukturen, Programme und Projekte mitgestalten. Die Jugendlichen können so demokratische Strukturen kennen lernen, diese einüben und dabei Verantwortung für sich und die Gruppe übernehmen.

Wenn Jugendliche sich im Jugendzentrum aktiv beteiligen, dann sind sie u. a. auch daran interessiert, sich in die Kommunalpolitik der Gemeinde einzubringen. Dafür müssen die Jugendlichen aber zuerst die kommunalen Strukturen und Abläufe verstehen. Dies soll durch einen Workshop zum Thema Kommunalpolitik im Jugendzentrum geschehen. Darüber hinaus sollen im Workshop Themen, Anliegen und Empfehlungen der Jugendlichen gesammelt werden, die anschließend an den Gemeinderat weitergegeben werden. Auch in der Schule finden Workshops statt. Da aber nicht alle Jugendlichen der Gemeinde an der Schule erreicht werden können, ist es sinnvoll, einen Work-

shop im Jugendzentrum anzubieten. Wenn Jugendlichen bewusst wird, dass Kommunalpolitik sie direkt betrifft, sind sie eher bereit, sich zu engagieren.

Jugendbeteiligung und Bürgerengagement im Sinne eines Generationendialogs vernetzen

(Gabriele Blawert)

Mit dem Ziel, das gesellschaftliche und politische Leben in Gundelfingen mitzugestalten, hat sich 2012 der Verein „Bürger für Bürger e.V. – Bürgertreff Gundelfingen“ gegründet. Nach dreijähriger Tätigkeit mussten die im Bürgertreff ehrenamtlich Engagierten feststellen, dass sich zwar viele ältere Menschen für das Leben in der Kommune engagieren und bei politischen Veranstaltungen vertreten sind, die Jungen hingegen fehlen. Bereits anlässlich der Kommunalwahl 2014 hat der Bürgertreff eine Infoparty durchgeführt, auf der junge Menschen mit den Kandidatinnen und Kandidaten ins Gespräch kommen konnten. Mit Unterstützung der Gemeinde wurden 700 Erstwähler angeschrieben und eingeladen. Der Erfolg war allerdings mäßig – gerade mal 20 junge Menschen kamen. Daraus zogen wir die Folgerung, dass Jugendliche frühzeitiger über Möglichkeiten und Formen der Partizipation informiert werden müssen. Kurzfristig angesetzte Aktionen unmittelbar vor Wahlen sind ineffektiv und verpuffen rasch. Es geht also nicht um einzelne Aktionen, sondern um den gezielten Aufbau eines demokratischen Grundverständnisses und die Förderung der politischen Partizipation.

Jugendbeteiligung braucht fachliche Beratung und Begleitung, die in unterschiedlicher Form geleistet werden kann. So wurden z. B. auf Landesebene (finanzielle) Anreize geschaffen, die einen solchen Prozess unterstützen. Mit der Allianz für Beteiligung und dem Programm „Gut beraten“ wurde das Vorhaben in Gundelfingen mit unterstützt.¹³

In den Köpfen vieler junger Menschen findet Kommunalpolitik nur wenig Beachtung. Woran liegt das? In unserer globalisierten und vernetzten Welt verfügt nahezu jeder Jugendliche über ein Smartphone. Erstmals gibt es eine Generation Heranwachsender, die eine Welt ohne Computer, Smartphone und Tablet gar nicht mehr kennt. Nachrichten werden in Sekundenschnelle über die sozialen Medien (WhatsApp, Facebook, Twitter, Snapchat, Instagram usw.) verbreitet und geteilt. Mit Politikerinnen und Politikern verbinden die jungen Menschen in erster Linie Bundespolitiker. Nur wenige sind mit der Landespolitik vertraut. Dass es so etwas wie Kommunalpolitik überhaupt gibt und was es damit auf sich hat, können nicht viele Jugendliche spontan – ohne Blick ins Internet – beantworten. Zwar haben gewiss die meisten Jugendlichen von Gemeinderätinnen, Gemeinderäten und Bürgermeistern gehört, einen Zusammenhang mit dem Begriff „Politik“ stellen jedoch nur wenige her. Dabei wächst jeder Mensch in einer Gemeinde, ob in einer Großstadt oder in einer kleinen Kommune, auf und verbringt hier auch große Teile seiner Freizeit. Jeder von uns nutzt im Laufe seines Lebens die kommunale Infrastruktur, wie Straßen, Wege, Plätze, Kindergärten, Jugendzentren, Schulen oder Turnhallen. Veränderungen an dieser Infrastruktur sind ohne politische Entscheidungsträger, sind ohne Gemeinderat und Bürgermeister nicht möglich.

Wenn sich Jugendliche eine neue Skateanlage oder einen neuen Bolzplatz wünschen, dann beschäftigen sie sich bereits mit kommunalpolitischen Themen. Dies ins Bewusstsein der Jugendlichen zu bringen, ihnen vor Augen zu führen, dass sie sich tagtäglich in ihrer Kommune bewegen und dabei an einer Vielzahl von zuvor kommunalpolitisch entschiedenen Projekten vorbeigehen, ist eine Aufgabe, der sich die Gemeinde Gundelfingen sehr gerne annimmt. Ziel ist es, die junge Generation zunächst für Kommunalpolitik zu sensibilisieren. Ist dieser erste wichtige Schritt erreicht, kann in einem nächsten Schritt das Interesse an der Teilhabe am kommunalpolitischen Geschehen bei den Jugendlichen geweckt werden. Den kommunalpolitisch Verantwortlichen ist es ein perspektivisches Anliegen, junge Menschen für Kommunalpolitik zu gewinnen. Die Jugend ist die Zukunft einer jeden Gemeinde. Je mehr junge Menschen sich für ihre Gemeinde interessieren und sich in ihrer Gemeinde engagieren, desto positiver können Gemeinden in die Zukunft blicken. Wenn es gelingt, junge Menschen für Kommunalpolitik gar zu begeistern, ist das Engagement für das Gemeinwesen in der Zukunft gesichert.

Gerade auch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und bildungspolitischen Initiativen hin zu mehr Ganztagesangeboten an Bildungseinrichtungen, kommt der Schule als Sozial- und Lebensraum junger Menschen eine hohe Bedeutung zu. Deshalb ist es richtig und wichtig, die jungen Menschen dort abzuholen. Die Kooperation von Schule und Gemeinde funktioniert in Gundelfingen bereits sehr gut. Deshalb ist der Ansatz, Schule und Kommunalpolitik in Workshops zusammenzubringen, äußerst vielversprechend. Denn eine Gemeinde ist nur dann lebendig, wenn Gemeinschaft gelebt wird. Und Gemeinschaft, so wie wir sie heute kennen und schätzen, ist ohne das Engagement der heutigen Jugend in Zukunft nicht denkbar.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. URL: <http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=GemO+BW+Inhaltsverzeichnis&psml=bsbawueprod.psml&max=true> [17.10.2016].
- 2 Vgl. URL: http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_SEK1_GK_IK_7-8-9_03_02 [17.10.2016].
- 3 Vgl. URL: http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_SEK1_GK_IK_7-8-9_03_02 [17.10.2016].
- 4 Vgl. URL: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/landesregierung/koalitionsvertrag/> [17.10.2016].
- 5 Vgl. URL: <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/soziales/kinder-und-jugendliche/zukunftsplan-jugend/> [17.10.2016].
- 6 Vgl. Schneekloth, Ulrich (2015): Jugend und Politik: Zwischen positivem Gesellschaftsbild und anhaltender Politikverdrossenheit. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt am Main, S. 153–200.
- 7 Ebenda, S. 193.
- 8 Vgl. URL: http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_SEK1_GK_LG [17.10.2016].
- 9 Vgl. URL: <https://www.lpb-bw.de/bwverf/bwverf.htm> [17.10.2016].
- 10 Vgl. Edelstein, Wolfgang/Fauser, Peter (2001): „Demokratie lernen und leben“. Gutachten für ein Modellversuchsprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Heft 96. Bonn.
- 11 Vgl. Himmelmann, Gerhard (2001): Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach/Ts.
- 12 Vgl. URL: https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/ [17.10.2016].
- 13 Vgl. URL: <http://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/gut-beraten/> [17.10.2016].



UNSER AUTORENTEAM

Von links nach rechts: Volker Knoop ist Direktor des Albert-Schweizer-Gymnasiums. Gabriele Blawert, Vorstandsmitglied von „Bürger für Bürger e.V.“, war die Jugendbeteiligung in Gundelfingen ein großes Anliegen. Filipe Fraga Sousa ist Sozialarbeiter und Leiter des Jugendzentrums Gundelfingen. Raphael Walz ist seit 2015 Bürgermeister der Gemeinde Gundelfingen. Udo Wenzl, systemischer Kommunalberater, begleitet den gesamten Jugendbeteiligungsprozess der Gemeinde Gundelfingen.



Von links nach rechts: Ann-Kathrin Götz (Gundelfingen), Sarah Stötzel (Heuweiler), Xenia Beck (Glottertal); Schülerinnen der Gemeinschaftsschule und vom Gymnasium bildeten das Autorinnen-team bei dem Politikworkshop.